

Nation oder Nationalismus

Onlinevortrag am 03. Oktober 2023

Heute ist ein Feiertag. Vor 33 Jahren trat der Vertrag in Kraft, mit dem die DDR der Bundesrepublik Deutschland beigetreten ist. Die Existenz von zwei selbständigen deutschen Staaten, wie sie sich als Konsequenz aus der Niederlage des Deutschen Reiches nach dem Zweiten Weltkrieg ergeben hat, wurde damit zugunsten einer Wiedervereinigung überwunden. Wir erinnern uns an den bekannten Ausspruch von Willy Brandt: „Es wächst zusammen, was zusammen gehört“, mit dem er 1989 den Fall der Mauer in Berlin kommentierte. Dahinter steht unausgesprochen die Vorstellung, dass es über die Trennung in zwei Staaten hinweg eine beide verbindende Einheit in Gestalt einer weiterhin existierenden deutschen Nation gegeben hat.

Aber gilt das heute etwa auch für Österreich, mit dem uns nicht nur die Sprache und eine lange gemeinsame Geschichte verbindet? Österreich wurde erst im 19. Jahrhundert durch die sog. „kleindeutsche Lösung“ aus der Reichsgründung unter preußischer Führung ausgeboten. Aber ist es damit auch aus der deutschen Nation ausgeschieden? Zumindest Adolf Hitler hat das offenbar anders gesehen. Obwohl in Österreich geboren, war er ein fanatischer deutscher Nationalist¹. Konsequenter Weise hat er seine österreichische Heimat 1938 „heim ins Reich“ geholt. Dahinter steht die Vorstellung eines Nationalstaates, in dem alle Angehörigen einer Nation in einem Staat zusammenleben. Das Streben nach der Vereinigung aller Angehörigen einer ethnisch verstandenen Nation in einem Nationalstaat hat ein hohes Potential für internationale Konflikte, wie nicht nur der Anschluss Österreichs 1939 zeigt. Der Angriff Russlands auf die Ukraine und ihre Inanspruchnahme der dort lebenden Russen für ein russisches Großreich hat hier eine seiner Ursachen. Neuerdings erscheint das in der Variante, es gebe so etwas wie ein russische Welt, aus der sich hegemoniale Herrschaftsansprüche ableiten lassen. Ähnliche kann man sagen über die immer noch aktuellen Vorstellungen einer serbischen Welt, die schon einmal 1918 Auslöser des ersten Weltkrieges gewesen sind.

Es gibt aber auch den umgekehrten Fall, dass sich ein Staat aus verschiedenen Nationalitäten zusammensetzt. Ein historisches Musterbeispiel dafür ist die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn. Heute gilt das vor allem für die Schweiz, mit ihren vier verschiedenen Sprachgebieten. Etwas ähnliches kann man sagen über die Schotten im Königreich Großbritannien, die Katalanen und Basken in Spanien oder die Walliser in Belgien mit ihren je eigenen Sprachen und kulturellen Traditionen. Auch darin liegt viel Sprengkraft. Wenn das Selbstbestimmungsrecht nationaler Minderheiten von einem Zentralstaat zu stark beschnitten wird, befeuert das separatistische Bestrebungen. Polen wiederum ist ein Beispiel dafür, dass sich eine Nation ihre Identität über lange Zeit erhalten kann, auch wenn ihr die Existenz in einem eigenen Staat verwehrt wird.

Feiern wir also heute die Wiedergeburt der staatlichen Einheit einer deutschen Nation? Jedenfalls besteht genügend Anlass, sich darüber Gedanken zu machen, ob der Begriff der Nation noch eine zeitgemäße Kategorie ist und welche Gefahren, sich damit verbinden. Was wir zurzeit weltweit erleben, ist eine nie für möglich gehaltene Renaissance von

¹ Siehe dazu: William L. Shirer, Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, mit einem Vorwort von Golo Mann, Köln, S. 21.

Nationalismus in seiner extremsten Form. Auch in Deutschland verzeichnen nationalistische Kräfte in einer Besorgnis erregenden Weise Zulauf. Wäre es da nicht an der Zeit, sich vom Begriff der Nation ganz zu verabschieden oder lässt er sich mit Inhalten besetzen, die ihn nicht kampflös den Nationalisten überlässt?

In einem ersten Schritt will ich eine historische Annäherung versuchen. Als Kind des ehemaligen Fürstentums Lippe bin ich im Schatten eines Denkmals aufgewachsen, dass sie alle kennen.

Die Nation als Erinnerungsgemeinschaft



Es ist das berühmte „Herrmannsdenkmal“ auf der Grotenburg oberhalb von Detmold im ehemaligen Fürstentum Lippe. Es erinnert an die Schlacht im Teutoburger Walde im Jahr 9 n.Chr., die, wie man heute mit Sicherheit weiß, nicht dort, sondern bei Kalkriese in der Nähe von Osnabrück stattgefunden hat,² wo es heute ein schönes Museum gibt.

Die Frage ist, was im 19. Jahrhundert dazu Anlass gegeben hat, ein solches monumentales Denkmal zu errichten, das an ein Ereignis erinnerte, welches schon damals weit mehr als tausend Jahre zurücklag. Die Antwort erschließt sich aus der Inschrift im Schwert:

„Deutsche Einigkeit meine Stärke – meine Stärke Deutschlands Macht.“

Im 19. Jahrhundert bestand die Vorstellung, die deutsche Geschichte beginne mit der Schlacht im Teutoburger Walde und Herrmann der Cherusker sei die erste historische fassbare Gestalt eines Deutschen.

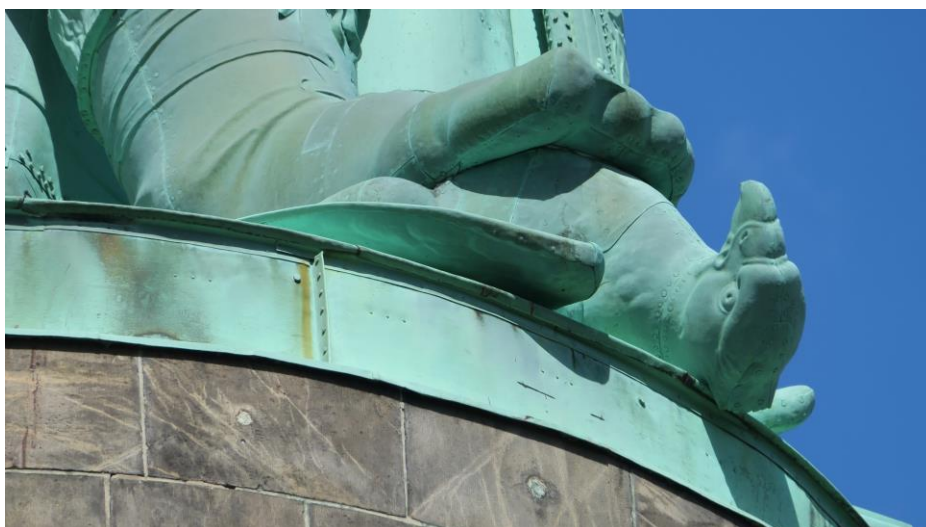
In der historischen Situation ist das Denkmal, das am 16. August 1875 in Anwesenheit von Kaiser Wilhelm I. eingeweiht worden ist, vor allem Ausdruck der 1871 im deutschen Kaiserreich unter preußischer Führung vollendeten Einheit der deutschen Nation. Das ist seine innenpolitische Stoßrichtung: Die Überwindung der Kleinstaaterei. Herrmann der Cherusker wird stilisiert zu dem historischen Held, der die germanischen Stämme im Kampf gegen das römische Reich geeint und einen entscheidenden Sieg gegen dessen imperialistisches Machtstreben errungen hat. In diesem Mythos verbindet sich die

² Siehe dazu den Bericht „Von wegen Barbaren!“ in DER SPIEGEL, Nr. 47 vom 19.11.2022, S. 106-111.

germanisch-römischen Geschichte mit der Erbfeindschaft gegen Frankreich, das gerade eben im Krieg von 1870/71 besiegt worden ist. Davon kündigt der nach Westen gegen Frankreich gerichtete Arm, mit dem drohend erhobenen Schwert.



Unter seinem linken Fuß werden der römische Adler und das Rutenbündel, die Faces, als römische Hoheitszeichen zertreten. In Anbetracht der protestantischen Prägung des neu entstandenen Kaiserreiches verbindet sich das zugleich mit dem Kampf Martin Luthers gegen Rom und das Papsttum, der durch das erste Vatikanum und den sog. Ultramontanismus neue Nahrung bekommen hatte. Das ist die nach außen gerichtete Stoßrichtung.



Im Mythos der Herrmannschlacht vereinigen sich für das Grundverständnis der sich im 19. Jahrhundert herausbildenden deutschen Nation drei wesentliche Elemente, nämlich

- Die Demonstration der Einheit und politischen Geschlossenheit nach innen
- Die Bekundung eines stolzen nationalen Selbstbewusstseins nach außen
- Der Kampf gegen ausländische Invasoren zur Wiedergewinnung der Freiheit³

Solche Denkmäler, die die im Kampf gegen innerer und äußerer Feinde errungene nationale Einheit Deutschlands verherrlichen, sind typisch für die zweite Hälfte des 19. Jahrhundert. Neben dem Hermannsdenkmal zählt vor allem das Niederwald Denkmal am Rhein mit der Germania



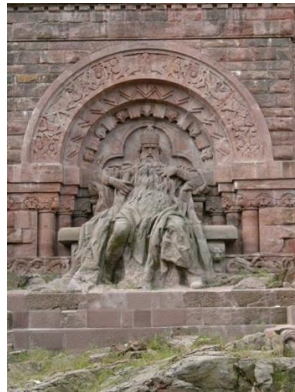
und der berühmten Inschrift:



„Lieb Vaterland magst du ruhig sein. Fest steht und treu die Wacht am Rhein“.

³ Siehe dazu: *Herfried Munker*, *Die deutschen und ihre Mythen*, 4. Aufl., Berlin 2017, S. 166.

Auch das 1896 eingeweihte Denkmal am Kyffhäuser bei Bad Frankenhausen gehört hier her. In ihm symbolisiert der soeben erwachende Stauferkaiser Barbarossa, der Rotbart, die Sehnsucht nach der Wiedererrichtung des untergange[n] Reiches.



Über ihm thront hoch zu Ross Kaiser Wilhelm I, der „Barbablanca“, der die deutsche Einheit 1871 vollendet hat.



Diese Denkmäler haben ihre Gemeinsamkeit darin, dass sie versuchen, das Selbstbewusstsein der Deutschen und ihre nationale Identität in der Geschichte zu verankern, die dabei zugleich mythisch überhöht wird. Auch der Preußenmythos⁴ gehört hierher, den sich Adolf Hitler mit dem Tag von Potsdam am 21. März 1933 geschickt zunutze gemacht hat, in dem er sich in eine Reihe mit Friedrich dem Großen, Bismarck und Hindenburg stellte.

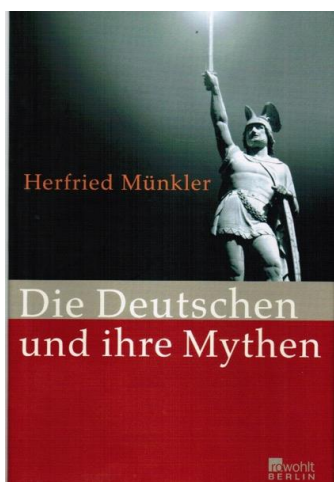


⁴ Siehe dazu: Münker, S. 211 ff.

Ein aktuelles Beispiel einer solchen mythologischen Überhöhung und in Inanspruchnahme längst vergangener historischer Ereignisse für aktuelle politische Zielsetzungen erleben wir auch heute, wenn Vladimir Putin sich zur Rechtfertigung seines Angriffskrieges auf die „Kiewer Russ“, bezieht. Die „Kiewer Russ“ war ein mittelalterliches Großreich, das als Vorläuferstaat des heutigen Russlands, der Ukraine und Belarus angesehen wird. Ähnliches findet statt, wenn der nationalistische Flügel der AfD seine Treffen demonstrativ am Kyffhäuser Denkmal abhält.

Für die Herausbildung eines Nationalbewusstseins haben solche identitätsstiftenden Erinnerungen an bedeutende historische Ereignisse und Umbrüche in vielen Ländern dieser Welt eine wichtige Funktion.⁵ Als bekannte Beispiele für solche Gründungs- und Orientierungsmythen seien genannt: der Sturm auf die Bastille am 14. Juli 1789 als Nationalfeiertag in Frankreich oder der 04. Juli, an dem in den USA als „Independence Day“ die Erinnerung an die Unterzeichnung der Unabhängigkeitserklärung von 1776 lebendig gehalten wird. Auch in Deutschland hat es zumindest in der Vergangenheit solche politische Mythen gegeben, die für die Entwicklung unseres Nationalbewusstseins von großer Bedeutung gewesen sind. Dazu zählt nicht nur die Hermannschlacht im Teutoburger Walde, sondern z.B. auch der Tag von Sedan, der im Kaiserreich am 2. September zur Erinnerung an die Kapitulation Frankreichs im Krieg von 1870/71 gefeiert worden ist.

Alle diese Mythen haben eine große Bandbreite. Herfried Münkler hat sie in einem 2017 erschienenen Buch zusammengetragen.



Ihre Gemeinsamkeit besteht vor allem darin, dass sie positiv besetzt sind und in der Regel an heroische Siege, heldenhaften Widerstand oder andere Großtaten anknüpfen. Das könne auch besondere Leistungen auf kulturellem Gebiet sein, wie z.B. Goethes Faust, den deutsche Soldaten im ersten Weltkrieg angeblich neben der Bibel zur nationalen Erbauung in ihrem Tornister mit sich führten. Die Nation erscheint hier im Wesentlichen als eine historische Erinnerungsgemeinschaft einer ethnisch homogenen Gesellschaft.

⁵ Siehe dazu: Klaus von Dohnanyi, Nationale Interessen, Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche, 6. Aufl. 2022, S. 172.

Die Nation als Emanzipationsgemeinschaft

Über all dem darf aber nicht übersehen werden, dass die Nationalbewegungen des frühen 19. Jahrhunderts vor allem und in erster Linie geprägt waren von den Idealen: Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit. Die Forderungen des politischen Liberalismus betrafen nicht nur die Überwindung der Kleinstaaterei und nach nationaler Einheit, sondern zugleich nach Pressefreiheit, republikanischer Brüderlichkeit und nachbarschaftlicher Freundschaft. Als symbolträchtigstes Ereignis erinnern wir uns bis heute an das Hambacher Fest von 1832, das als europäisches Freiheitsfest in die Geschichte eingegangen ist.



Worum es ging, kann man mit den Worten zusammenfassen, die Hoffmann von Fallersleben 1841 im „Lied der Deutschen“ in der dritten Strophe in den Worten zum Ausdruck gebracht hat, „Einigkeit und Recht und Freiheit“. In diesem Dreiklang wird deutlich, dass es bei den nationalen Bestrebung in der ersten Hälfte der 19. Jahrhunderts ursprünglich keineswegs beabsichtigt war, sich im Sinne der ersten Zeile des Deutschlandliedes „Deutschland, Deutschland über alles“ von anderen Nationen abzugrenzen und sich über sie zu erheben. Ganz im Gegenteil: in den national gesinnten politisch liberal Kreisen bestanden große Sympathien für den Freiheitskampf der Polen gegen die russische Herrschaft und der Griechen gegen das osmanische Reich. Und nicht zuletzt berief man sich auf die Ideale der französischen Revolution. Auch bei den nationalen Bewegungen des 20. Jahrhunderts steht das Bestreben nach Abschüttelung von Fremdherrschaft, nach Freiheit und Selbstbestimmung im Vordergrund. So sehen die ehemaligen Staaten der Sowjetunion und des Ostblocks nach deren Verfall, die Chance und die Möglichkeit in einem selbständigen Staat ihre nationale Identität ihre Sprache, ihre Kultur und ihre Religion in freier Selbstbestimmung zu entwickeln. Zu welchen Problemen und Konflikten das führen kann, erleben wir augenblicklich in dramatischer Weise in der Ukraine.

Die Nation als Sozialisationsgemeinschaft

Eine weitere wichtige Funktion kann der Begriff der Nation entfalten, wenn man sie als eine Sozialisationsgemeinschaft versteht, das heißt als ein Instrument zur Integration von Menschen verschiedener Herkunft, kultureller und religiöser Prägung in ein bestimmtes Staatswesen. Auch das lässt sich historisch an den Entwicklungen im früher 19. Jahrhundert belegen. Die territoriale Ordnung Deutschlands war von Napoleon gründlich zerschlagen worden, so dass ganz neue Einzelstaaten entstanden sind, in denen ein einheitliches Staats- und Nationalbewusstsein erst noch geschaffen werden musste. Die regierenden Fürsten mussten versuchen, das bis dahin vorherrschende monarchisch-bürokratische System im Interesse der Erhaltung ihre innerstaatliche Macht und außenpolitischen Integrität zu überwinden.

Für sie war es ein Gebot der Staatsraison, die neu gewonnenen Gebietsteile zu integrieren und in der Bevölkerung einen gemeinsamen Staatswillen zu entwickeln. Das wirksamste Mittel dazu, war der Erlass von Repräsentativverfassungen mit vom Volk gewählten Vertretungskörperschaften.⁶ So entstanden in Süddeutschland in der ersten Hälfte der 19. Jahrhunderts eine Reihe von Verfassungen, die zwar nach wie vor dem „monarchische Prinzip“ verpflichtet waren, nach dem der Monarch der Souverän blieb, aber doch im Sinne eines Kompromisses Elemente einer parlamentarischen Repräsentation der Bevölkerung und die Gewährleistung bürgerlicher Freiheitsrechte enthielten.⁷

Ein schönes Beispiel dafür ist die badische Verfassung vom 22. August 1818, die mit ihrem liberalen Wahlrecht und der Garantie von Grundrechten zu den modernsten Verfassungen der damaligen Zeit gerechnet wird.

Eine deutliche Ambivalenz, besteht aber darin, dass die regierenden Fürsten den Gedanken der Einheit der Nation zur Stabilisierung ihrer dynastischen Stellung bemühten, während die liberalen Freiheitsbewegungen ganz im Gegenteil darauf abzielten, die Souveränität der Fürsten durch die Souveränität des Volkes abzulösen. Populären Ausdruck findet das in dem berühmten Lied über den badischen Revolutionär Friedrich Hecker, in dem es heißt:

Wenn die Leute fragen,
Lebt der Hecker noch?
Könnt ihr ihnen sagen:
Ja, er lebet noch.
Refrain:
Er hängt an keinem Baume,
Er hängt an keinem Strick.
Er hängt nur an dem Traume
Der deutschen Republik.

Darin zeigt sich, dass der Gedanke der Nation für ganz unterschiedlich oder sogar gegensätzliche Zielsetzungen aktiviert werden kann.

Abgrenzung zum Staatsbegriff

An dieser Stelle müssen wir uns klar machen, dass die Begriffe Staat und Nation nicht identisch sind. In der allgemeinen Staatslehre lernt man als Jurist im ersten Semester, dass der Staat sich als eine juristische Konstruktion über das Vorhandensein von drei Elementen definiert, nämlich:

- Eine Staatsgebiet
- Ein Staatsvolk
- Eine Staatsmacht

In dieser Form ist er nach außen gegenüber anderen Staaten abgrenzbar und ist auch für den Bürger empirisch erfahrbar, z.B. in Gestalt seines bürokratischen Apparats. Als solcher ist er aber nicht in der Lage, positive Empfindungen hervorzurufen, die es dem Staatsvolk ermöglichen, sich mit ihm emotional zu identifizieren. Er bleibt, - wenn man das so darf

⁶ Art. 12 der Bundesakte der Deutschen Bundes von 1815 bestimmte, dass jedes Mitglied über ein landständiges Verfassung verfügen müsse.

⁷ Siehe Huber, ebd., S. 219.

blutleer, oder auch er hat „keine Seele“. Der ehemalige Bundespräsident Gustav Heinemann hat das auf eine berühmte Formel gebracht, indem er auf die Frage, ob er den Staat liebe geantwortet hat. „Ach was, ich liebe meine Frau.“

Dieses emotionale Defizit wird ausgeglichen über den Gedanken der Nation. Wir sprechen deshalb auch im Sport nicht etwa von Staatsmannschaften, sondern Nationalmannschaften. Wir haben eine Nationalhymne und keine Staatshymne. Auf eine auch emotionale Bindung und Identifikation ist der Staat als soziale Rechtsgemeinschaft deshalb angewiesen, weil er davon lebt, dass es eine gemeinsames Gefühl der Zusammengehörigkeit und wechselseitigen Verantwortung unter seinen Angehörigen gibt:

„In dem Maße, in dem das Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung lebendig ist, füllen sich die staatlichen Regelungen mit Leben. Wenn in einem Nationalstaat das Nationalbewußtsein im Sinne der Solidargemeinschaft erstirbt, nimmt die Staatsverdrossenheit Formen an, die den Staat von Grund auf gefährdend.“⁸

Die Nation als Verantwortungsgemeinschaft darf sich aber nicht egoistisch auf den nationalstaatlichen Bereich verengen, sondern muss sich zugleich die Verantwortung für größere Bereiche, wie z.B. in europäischen Zusammenhängen oder sogar für die gesamte Menschheit bewusst bleiben. Hier her gehört es z.B., Verantwortung für die weltweite Achtung der Menschenrechte zu übernehmen. Unmittelbar plausibel ist das nicht zuletzt im Blick auf den Klimaschutz, der eine weltweite Verantwortungsgemeinschaft voraussetzt.

Begriff der Nation

Der Begriff der Nation ist aber viel weniger greifbar als der des Staates. Eine allgemein gültige Definition ist kaum möglich. Eine bekannte Definition lautet:

„Eine Nation ist eine historische entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart.“⁹

Sie stammt von Joseph Stalin.¹⁰ Die hier genannten Kriterien sind so unscharf, mehrdeutig und wandelbar, dass sie außerordentlich anfällig sind für propagandistische und programmatische Zwecke.¹¹

Umschlag in einen aggressiven Nationalismus

Einen ausgesprochen rassistischen Einschlag bekommt die Nation, wenn sie durch den Begriff des Volkes oder der Volksgemeinschaft ersetzt wird. Im Parteiprogramm der NSDA vom 24. Februar 1920 heißt es dazu unter Pkt. 4: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist, Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist. Kein Jude kann

⁸ Nation im Widerspruch, Aspekte und Perspektivenaus lutherischer Sicht heute. Eine Studie des ökumenischen Studienausschusses der VELKD und des DNK/LWB, hrsg. Von Helmut Edelmann und Neils Hasselmann, im Auftrag der VELKD, Gütersloh 1999, S., S. 34.

⁹ Zitiert nach Eric J. Hobsbawm, Nation und Nationalismus, Mythos und Realität seit 1780, Bonn 2005, S. 16.

¹⁰ Bei Wikipedia kann man heute nachlesen, dass man als Nationen größere Gruppe oder Kollektive von Menschen bezeichnet, denen durch eine Sprache, Tradition, Sitten, Gebräuche oder Abstammung gemeinsame Merkmale zugeschrieben werden.

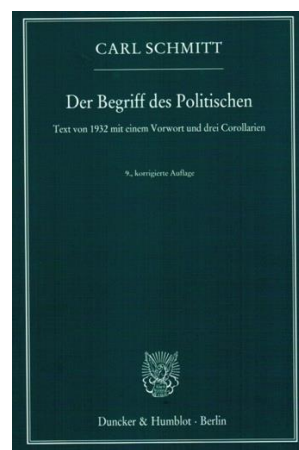
¹¹ Vergl. Hobsbawm, ebd.

deshalb daher Volksgenosse sein.“ Welche dramatischen Folgen dieser Satz gehabt hat, wissen wir alle.



Das Umschlagen des nationalen Gedankens in einen aggressiven Nationalismus wird befeuert von einer Denkfigur, die der Jurist Carl Schmitt in der erstmals im Jahre 1927 erschienen Schrift „Der Begriff des Politischen“ entwickelt hat. Carl Schmitt (1888 -1985) war eng verbunden mit dem katholischen Milieu¹² und einer der einflussreichsten Staatsrechtslehrer und intellektuellen Denker des 20. Jahrhunderts. Er ist bis heute wegen seiner Gegnerschaft zur parlamentarischen Demokratie in der Weimarer Zeit und seines Engagements für den Nationalsozialismus hoch umstritten. Man hat ihn auch den „Kronjuristen“ des „Dritten Reiches“ genannt. Berüchtigt ist u.a. seine Stellungnahme zur Ermordung der SA-Führung im Zusammenhang mit dem sog. Röhmputsch im Sommer 1934, die er in der Deutschen Juristen unter dem Titel „Der Führer schützt das Recht“ juristisch rechtfertigte.

Die nachhaltige Wirkung, die sein Denken bis heute entfaltet, erkennt man an der Tatsache, dass seine wichtigsten Schriften immer noch in neuen Auflagen im Buchhandel erhältlich sind.



Die Kernthese seines erwähnten Buches lautet:

¹² Vergl. dazu: Manfred Dahlheimer, Carl Schmitt und der deutsche Katholizismus 1888-1936, Paderborn u.a. 1998 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte Reihe B Forschungen, Bd. 83).

„Die spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von Freund und Feind.“¹³

Dabei geht es nicht nur um eine rein geistliche Auseinandersetzung.

„Denn zum Begriff des Feindes gehört die im Bereich des Realen liegende Eventualität eines Kampfes. ... Die Begriffe Freund, Feind und Kampf erhalten ihren realen Sinn dadurch daß sie insbesondere auf die reale Möglichkeit der physischen Tötung Bezug haben und behalten.“

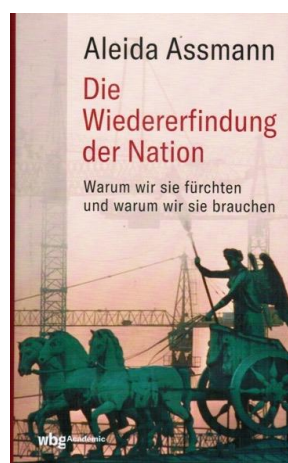
Die äußerste Realisierung der Feindschaft ist der Krieg.

„Er braucht nichts Alltägliches, nichts Normales zu sein, auch nicht als etwas Ideales oder Wünschenswertes empfunden zu werden, wohl aber muß er als reale Möglichkeit vorhanden bleiben, solange der Begriff des Feindes seinen Sinn hat.“¹⁴

Eine solche fundamentale Verneinung des „Anderen“ als Feind führt zu einer Militanz, die für demokratische Tugenden wie Toleranz, die Suche nach Gemeinsamkeiten und Kompromissbereitschaft nur Fremdwörter sein können. Auch die Übernahme einer universalen Mitverantwortung für das Schicksal der Menschheit ist per Definitionem ausgeschlossen.

Im illiberalen, ethnisch homogenen Nationalstaat, der sich über das Freund-Feind-Verhältnis definiert, ist klar, dass Angehörige andere Ethnien den Status von Minderheiten erhalten und im besten Falle in ihren Rechten eingeschränkt und diskriminiert werden, im schlimmsten Falle verfolgt und vernichtet werden. Aleida Assmann stellt dazu fest:

„Das Konzept der nationalistischen Nation gründet sich auf eine homogene, unveränderliche, essentialistische Identität und damit verbunden auf den Ausschluss von ‚Fremden‘ und einen rassistischen Patriotismus, der Stolz, Ehre, Opferbewusstsein und militante Kampfbereitschaft für die Eigengruppe mobilisiert.“¹⁵

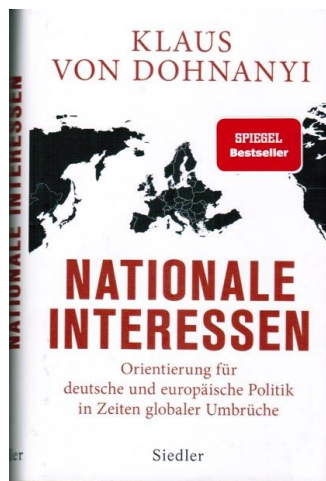


¹³ Carl Schmitt, Der Begriff der Politischen, 9. Aufl., Berlin 2015, S. 25; siehe dazu: Dalheimer, ebd. S. 287-337.

¹⁴ Ebd. S. 31.

¹⁵ Aleida Assmann, Die Wiedererfindung der Nation, Warum wie sie fürchten und warum wir sie brauen, München 2020, S. 57.

Das hat Folgen sowohl für das Verhältnis der Staaten untereinander als auch für die Behandlung von Minderheiten innerhalb eines Staates. Die zitierten Sätze von Carl Schmitt kann man nur lesen als ein Menetekel für das, was dann im „Dritten Reich“ mit dem Programm der „Endlösung der Judenfrage“ und dem Vernichtungskrieg gegen die sklavischen Untermenschen tatsächlich ins Werk gesetzt worden ist. Die Denkweise in den Kategorien von Freund und Feind, sind das Mantra des extremen Nationalismus. Dieser ist nach innen und außen immer auf ein Feindbild angewiesen, um die eigene nationale Identität zu entwickeln. Kommt es zum Kampf, liegt die Verantwortung dafür immer beim Feind, wie wir jetzt gerade aktuell im Ukraine Krieg erleben können. Russland versteht sich dabei nicht als der Aggressor, sondern führt Krieg zum Schutz russischer Landsleute, die angeblich in der Ukraine unterdrückt werden, und verteidigt sich nur gegen die Bedrohung durch die Nato. Mit Sorge müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass sich das Freund-Feind-Denken zunehmend auch im Verhältnis der USA zu China breit macht. Eine Entwicklung, vor der Klaus von Dohnanyi in seinem neuen Buch „Nationale Interessen“¹⁶ nachdrücklich warnt und in die wir uns nicht hineinziehen lassen dürfen.



Zusammenfassend kann man sagen: Die Überzeugungskraft des Gedankens der Nation, wie er sich seit dem 18. Jahrhundert hat durchsetzen können, beruhte auf der Annahme, dass sie nicht aus der Summe aller Angehörigen eines Staates besteht, sondern auf dem Zusammenwirken unterschiedlichen Bindungskräften beruht. Dazu gehören bestimmte historisch gewachsen Grundlagen wie Landschaften, Bauten oder Traditionen. Hinzu kommt die Stabilisierung durch nationale Symbole, politische Mythen, kulturelle Bilder und Narrative. Die positive Leistungsfähigkeit des Begriffes der „Nation“ besteht darin, dass er für seine Bürger die Möglichkeit schafft, sich mit einer überschaubaren politischen Einheit zu identifizieren und sich – jedenfalls soweit es sich um Staaten handelt, die demokratisch organisiert sind – an der Gestaltung der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen zu beteiligen. Die Idee der Nation bietet große Chancen im Hinblick auf die Gewährleistung politischer Partizipation und der Sicherung bürgerlicher Freiheitsrechte, sie hat einerseits *„die Macht und Magie, Menschen zusammenzubinden, aber sie entwickelt damit auch Gewalt, Menschen auszugrenzen und zu vernichten. Inklusion und Exklusion sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. ... So oder so haben Nationen mit ihren Konstruktionen Geschichte gemacht, indem sie sowohl eine historisch völlig neue Solidarität innerhalb eines Staates ermöglicht und vorbildliche Entwicklungen angestoßen als auch Hass generiert und schlimme Blutspuren hinterlassen haben.“*¹⁷

¹⁶ Klaus von Dohnanyi, Nationale Interessen, Orientierung der deutschen und europäischen Politik in Zeiten globaler Umbrüche, 6. Aufl. München 2022.

¹⁷ Aleida Assmann, Die Wiederfindung der Nation, S.37.

Nicht zuletzt wir Deutschen haben damit in unserer Geschichte reichliche Erfahrung gemacht.

Die Exzesse in der Zeit des Nationalsozialismus haben uns in Deutschland ein unbefangenes und positiv besetztes Nationalgefühl gründlich ausgetrieben. Wenn es im Blick auf die früheren Jahre der Bundesrepublik einen nationalen Mythos gibt, dann betrifft das eher das Wirtschaftswunder, das mit dem Namen Ludwig Ehrhardt verbunden ist und im VW-Käfer und dem Mercedes Stern seinen symbolischen Ausdruck gefunden hat.¹⁸ Auch nach der Wende von 1989 fehlt es an einem Feiertag, der in der Lage wäre, überschwängliche nationale Gefühle auszulösen. Der 03. Oktober als „Tag der deutschen Einheit“ ist dazu kaum in der Lage, weil mit der Erinnerung an das formale Inkrafttreten des Vertrags zur Vollendung der Wiedervereinigung der beiden Deutschen Staat im Jahre 1990 die emotionalen Ebene so gut wie nicht angesprochen wird. Geeigneter dafür wäre wohl eher der 9. November in Erinnerung an das Proklamation der ersten deutschen Republik 1918 und den Fall der Mauer 1989. Der Tag ist aber durch den Hitlerputsche 1923 und die Reichspogromnacht 1938 zu sehr belastet, um als Nationalfeiertag konsensfähig zu sein.

Modernisierungstheorien

Auf diesem Hintergrund ist es allzu verständlich, sich Gedanken darüber zu machen, ob es nicht an der Zeit wäre, sich des Begriffes der Nation ganz zu entledigen, indem man ihn kurzerhand für tot und erledigt erklärt. Stichworte dafür sind die Begriffe „nachnational“, „postnational“. Die Nation gehört nach dieser Ansicht auf den Müllhaufen der Geschichte. Dahinter steht der Wunsch nach einer Zukunft, in der die Nation keine Rolle mehr spielt. Die Modernisierungstheorie geht davon aus, dass sich die Nation „Kraft der Globalisierung“ durch die kosmopolitische „Weltgesellschaft“ früher oder später von selbst erledigt.

Andreas Thiele

So hält der Berliner Staatsrechtslehrer Alexander Thiele das Konzept des Nationalstaates im Kern für gescheitert:

Der Grundgedanke Modells besteht darin, Staat und Nation zu entkoppeln. Nationen sollen dabei nicht aufgelöst werden, aber nicht mehr als zentrales Element des staatlichen Zusammenhalts definiert werden, so dass sich in einem Staatsgebiet mehrere Nationen heimisch fühlen können. Die Legitimation des demokratischen Verfassungsstaates soll nicht mehr aus der Vergangenheit abgeleitet werden, sondern muss auf die Gegenwart und Zukunft gegründet werden.

Aleida Assmann hat dazu kritische angemerkt:

„Damit ist schon mal der ganze Komplex der Geschichtspolitik und Erinnerungskultur vom Tisch. ... In diesem Zeitverständnis gilt Vergangenheit als ‚vergangen‘ und wird als eine mögliche Ressource und Orientierungsquelle konsequent durch die Zukunft ersetzt.“¹⁹

¹⁸ Vergl. dazu: Herfried Munker, S. 455 ff.

¹⁹ Die Wiedererfindung der Nation, S. 42/43.

Verfassungspatriotismus

Thiele stellt sich damit in die Tradition des Modells des Verfassungspatriotismus. Der Begriff geht ursprünglich auf einen Artikel des Politikwissenschaftlers Dolf Sternberger (1907-1987) in der FAZ aus dem Jahre 1970 zurück und wurde später von Jürgen Habermas aufgegriffen. Unter Verfassungspatriotismus versteht man die Identifikation des Bürgers mit den Grundwerten, Institutionen und Verfahren der republikanischen politischen Grundordnung und Verfassung. Die „Nation“ wird nicht mehr zusammengehalten durch ethnische oder kulturell vermittelte Gemeinsamkeiten, sondern durch das Bekenntnis zu ihren universellen Grundwerten, deren Bezugsrahmen die Verfassung ist.

Ein so verstandenes Konzept soll es auch Immigranten ermöglichen, sich mit der politischen eines Landes zu identifizieren. Der Begriff des Verfassungspatriotismus baut einen Gegensatz auf zwischen der Rechtsgrundlage des Staates und der Geschichte der Nation. Aleida Assmann hat dazu kritisch bemerkt, dass eine Rechtseinrichtung oder Vorschrift nicht unabhängig bestehen kann von den Erzählungen, die sie begründen und ihnen Bedeutung geben. Zu jeder Verfassung gehöre ein Epos, in dem erzählt wird, wie dieser Grund der Gesetze gelegt wurde, wie er in der Geschichte eingesetzt wurde, und wie er erneuert werden muss, um seine ausschließende Wirkung zu überwinden.²⁰

Unstrittig dürfte sein, dass der illiberale, ethnisch homogene Nationalstaat, in dem Angehörige anderer Ethnien den Status von Minderheiten erhalten und im besten Falle in ihren Rechten eingeschränkt und diskriminiert werden, im schlimmsten Falle verfolgt und vernichtet werden (Beispiel NS-Zeit), tatsächlich auf den Müllhaufen der Geschichte gehört. Wir dürfen aber, so lautete die These von Aleida Assmann, die Nation nicht automatisch mit Nationalismus gleich setzen,

„denn damit überlassen wir diesen Begriff den Nationalisten und machen uns zu Gehilfen einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Im Gegenteil sollten wir den Begriff genauer prüfen, ihn neu besetzen und auf diese Weise zurückerobern. Damit wir uns in Zeiten der politischen Gefahr auch aktiv für sie einsetzen können, müssen wir lernen mit der Nation auch positive Werte und Ideen zu verknüpfen“²¹

Zu diesen Ideen gehört es, einen positiven Rahmen zu setzen, der Zuwanderung nicht als eine Bedrohung unserer nationalen Identität begreift, sondern die Tatsache ernst nimmt, dass die deutsche und europäische Geschichte schon immer durch Migrationsbewegungen bestimmt war. Dazu gehört nicht nur – um Beispiele zu nennen – die Aufnahme hugenottischer Glaubensflüchtlinge aus Frankreich in Brandenburg im 17. Jahrhundert und die Ansiedlung von Waldensergemeinden in Baden und Württemberg, sondern auch die Arbeitsmigration im Zuge der Anwerbung von Gastarbeitern im 20. Jahrhundert.

Zu den langen gepflegten Lebenslügen zumindest der alten Bundesrepublik von vor 1990 gehörte es, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Historisch ist das Gegenteil der Fall und das nicht zum Schaden für unser Land. Heute stehen wir vor allem vor der Aufgabe, Flüchtlingen zu ermöglichen, in Deutschland eine neue Heimat zu finden, und sich mit ihren Fähigkeiten und Erfahrungen in unserer Gesellschaft einzubringen. Das kann von vornherein nicht gelingen, wenn wir sie nicht als Menschen betrachten, die zu uns kommen, weil ihnen in ihren Heimatländern die Lebensgrundlage entzogen worden ist, sondern im Sinne der Formel

²⁰ Aleida Assmann, Die Wiedererfindung der Nation, S. 119.

²¹ Ebd., S. 24.

von Carl Schmitt als Feinde, die es zu bekämpfen gilt. Das Ziel kann dabei nicht sein, sie auf eine deutsche Leitkultur zu verpflichten, die sich auf den Gedanken einer historischen Erinnerungsgemeinschaft und eine kulturell vermittelten Identität stützt. Es geht nicht um Assimilation, „sondern verlangt eine gemeinsame wechselseitige Anstrengungen von Einheimischen und Zuwanderern in der neuen Geschichten Gehör finden und die Gesellschaft diverser und vielstimmiger wird.“²²

Jan Plamper hat das in seinem Buch „Das neue Wir“ als eine Gesellschaft beschrieben, in der die verschiedenen ethnischen, religiösen und kulturellen Identitäten nicht zu einer Einheitskultur verschmolzen werden.²³



Das Leitbild ist nicht der Schmelztiegel, sondern die Salatschüssel, in der viele Herkunftsidentitäten Platz haben. Dabei geht es nicht einfach um Multikulti, nötig ist vielmehr - wie bei einem Salat -, eine Schüssel, die das Ganze zusammenhält. Plamper ist der Überzeugung, dass es einer kollektiven Identität bedarf, die stärker ist als die Liebe zum Grundgesetz, wie es dem Modell des Verfassungspatriotismus vorschwebt.

„Vielmehr muss die nationale Kollektividentität, das neue Wir, auf demokratischem Weg und den historischen Umständen entsprechend immer wieder neu definiert werden. Die nationale Identität kann also nicht ein für alle Mal fixiert werden, denn die deutsche befindet sich wie jede Gesellschaft in einem dauernden Prozess der Veränderung.“²⁴

Die nationale Identität Deutschlands würde sich auf diese Weise nicht aus einer ethnisch und kulturell statischen Fixierung ergeben, die historisch und mythologisch überhöht wird, sondern aus einer positiven Dynamik unterschiedlicher Erfahrungen und weltanschaulicher Positionen, wie es dem freiheitlichen Modell des Grundgesetzes entspricht. Selbstverständlich müssen wir dabei die eigenen Erfahrungen aus unserer geschichtlichen Entwicklung nicht verleugnen. Wir müssen das Hermannsdenkmal und vergleichbare anderer Denkmäler dieser Art nicht abreißen, weil sie ein Verständnis nationaler Einheit und Größe repräsentieren, das wir heute nicht mehr teilen. Sie dürfen stehen bleiben, als attraktive touristische Ausflugsziele, auch wenn sie als Demonstration der alten nationalen Mythen ihre Bedeutung verloren haben.

²² Ebd., S. 312.

²³ Jan Plamper, Das Neue Wir, Warum Migration dazugehört. Eine andere Geschichte der Deutschen, Frankfurt a.M. 2019.

²⁴ Plamper, S. 319.

Im internationalen Vergleich nimmt Deutschland heute insofern eine Sonderrolle ein, weil für seine nationale Identität und die Legitimität seiner politischen Verfassung vorrangig Ereignisse herangezogen werden, die mit negativen Vorzeichen besetzt sind, nämlich die Erinnerung an die Niederlagen im ersten und zweiten Weltkrieg und die Verbrechen, die in der Zeit des Nationalsozialismus begangen worden sind. Kein anderes Land der Welt hat die damit verbundene moralische Schande in seiner Erinnerungskultur so deutlich herausgestellt wie Deutschland.²⁵ Herausragendes und zugleich umstrittenes Symbol dafür ist das Holocaust Denkmal in Berlin.



Solche Ereignisse sind normaler Weise nicht dazu geeignet, einen Nationalstolz zu befördern.

Deshalb ist es z.B. in Polen unter Strafe gestellt, die Verstrickung in die Verbrechen der Nationalsozialisten zu benennen.

„Die Politik der konservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) sieht ihre Aufgabe darin, ein kollektives nationales Selbstbildnis zu schaffen, das ausschließlich auf Stolz, Ehre und andere positive Gefühle gegründet ist und nicht durch selbstkritische historische Aufklärung ‚verunreinigt‘ wird. Die Identität der Nation wird damit pseudo-religiös aufgeladen und zu etwas Heiligem gesteigert.“²⁶

In der Türkei, um ein anderes Beispiel zu nennen, ist es bekanntlich verboten, den Völkermord an den Armeniern im ersten Weltkrieg als solchen zu bezeichnen. Ganz im Gegensatz dazu macht sich in Deutschland strafbar, wer „öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt“ (sog. „Auschwitzlüge“).²⁷ Auch in Deutschland gibt es Bestrebungen zu einer Schönfärberei der Geschichte, wie etwa, wenn der AfD Repräsentant Björn Höcke, das Holocaust Denkmal in Berlin in bewusster sprachlicher Doppeldeutigkeit als „Denkmale der Schande“ bezeichnet, oder sein Parteigenosse Alexander Gauland behauptet, die Zeit des Nationalsozialismus sei nur ein Fliegenschiss in einer ansonsten erfolgreichen deutschen Geschichte. Das sind die bekanntesten Beispiele für den Versuch, negative Ereignisse aus der nationalen Erinnerungskultur auszublenden. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch der Historikerstreit in den 80ziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, in dem über die Frage gestritten worden ist, welche Rolle die Singularität des

²⁵ Vergl. Dazu die Kritik von Egon Flaig, „Dankbarkeit ist Pflicht“, Eine Entgegnung auf Aleida Assmann: Das Holocaust Gedenken ist richtig, sollte aber nicht im Zentrum der Erinnerungskultur stehen, Frankfurter Rundschau vom 24. Januar 2023, S. 28

²⁶ Aleida Assmann, Die Wiedererfindung der Nation, S.98.

²⁷ § 130 Abs. 4 StGB; vergl. dazu: BVerfG 90, S. 241 ff.

Holocausts für das identitätsstiftende Geschichtsbild der Bundesrepublik Deutschland heute noch haben soll.²⁸

So konnte es passieren, dass der Begriff der Nation im Sinne eines vom Freund-Feind-Denken beherrschten, ethnisch begründeten Nationalismus nahezu ausschließlich vom politisch rechten Spektrum okkupiert worden ist. Parolen wie „Deutschland den Deutschen“, die islamfeindliche Bewegung Pegida – Patriotische Europäer gegen eine Islamisierung des Abendlandes – oder Buchtitel wie „Deutschland schafft sich ab“ sind dafür die bekanntesten Belege.

Gegenüber solchen Versuchen, für die Erinnerungskultur einer Nation ausschließlich die großen Leistungen und besonderen Widerfahrnisse eines Volkes oder einzelner herausragender Repräsentanten heranzuziehen, muss die nationale Erinnerung auch die bösen Seiten der Vergangenheit und die Schuld und das Versagen der Verantwortlichen einbeziehen, wenn aus ihr für gegenwärtige Fragestellungen und künftige Entwicklungen Gewinn gezogen werden soll. In Deutschland ist das in der Auseinandersetzung mit den Ereignissen in der Zeit des Nationalsozialismus Laufe der Jahre einigermaßen gelungen, während eine ähnliche Aufarbeitung des Faschismus in Italien oder der Franko Diktatur in Spanien immer noch aussteht. Erst neuerdings kommt die Frage in den Blick, welchen Verantwortlichkeiten sich heute für Deutschland aus der Kolonialgeschichte ergeben. Eine Nation, die sich als eine Verantwortungsgemeinschaft versteht, kann hier keinen Schlussstrich ziehen.

Ausblick

Die Welt ist bis heute praktisch ausschließlich in Nationalstaaten organisiert. Und nicht nur das: Entgegen der ursprünglichen Idee der Nation als eine Verbindung nationaler Einheit mit den Idealen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und internationaler Solidaritäten erleben wir eine Renaissance von Nationalstaaten, die ihre nationalen Interessen absolut setzen, sich gegen jegliche Zuwanderer abschotten und Minderheiten diskriminieren, die ihren ideologischen Vorstellungen nicht entsprechen. Donald Trumps „Amerika first“ und die Entwicklungen in Ungarn, und in Polen, und nicht zuletzt der „Brexit“ mögen als Beispiele genügen. Eine besonderer Problematik Bisanz in diesem Zusammenhang der Staat Israel und sein Verhältnis zu den Palästinensern.

Einer der Treibsätze dafür ist die offensichtliche Krise der Globalisierung, deren Probleme und negativen Folgen uns aktuell durch der Corona-Pandemie und die Folgen des Ukrainekrieges drastisch vor Augen geführt werden. Es gibt allen Anlass, sich vor dieser Entwicklung einer Wiedererfindung der Nation zu fürchten. Die Welt steht heute vor Herausforderungen, die kein Staat und keine Nation im Alleingang für sich bewältigen kann.²⁹ Zum einen geht es um die Herausforderung, die Möglichkeit der Selbstauslöschung der Menschheit durch den Einsatz von Atomwaffen zu verhindern. Ähnliches gilt für die Abwendung der Klimakatastrophe, die ebenfalls das Potential hat, die Erde unbewohnbar zu machen. Und schließlich erleben wir augenblicklich eine Dynamik in der Entwicklung der Informationstechnologie und der künstlichen Existenz, deren dramatischen Folgen für das Zusammenleben auf unserem Planeten erst ansatzweise erkennbar werden. Nicht zuletzt gehören die weltweiten Migrations- und Fluchtbewegungen dazu.

²⁸ Vergl. dazu: Reinhard Kühnl (Hrsg.), Streit um das Geschichtsbild – Die „Historiker-Debatte“ Dokumentation, Darstellung und Kritik; Köln 1987.

²⁹ Vergl. dazu: Yuval Noah Harari, 21 Lektionen für das 21. Jahrhundert, 5. Aufl. München 2020, S. 182 ff.

Solche globalen Probleme brauchen globale Antworten. Nur eine globale Gemeinschaft oberhalb der verschiedenen Nationen können diese Dämonen, die wir selbst hervorgerufen haben, bändigen. Was wir tatsächlich erleben, ist eine ausgesprochene Schwäche und Lähmung der Vereinten Nationen, die sich in ihrer heutigen Organisationsform als ungeeignet und unfähig erweist, sich den damit verbundenen Herausforderungen zu stellen. Auch im Rahmen der Europäischen Union gelingt das nur teilweise, weil die nationalen Egoisten gemeinsame Lösungen häufig verhindern. Ein Armutszeugnis in dieser Hinsicht ist vor allem das Versagen der EU in der Bewältigung der Migrationsproblematik.

Die Zukunft der EU hängt entscheiden davon ab, ob sie ein Verbund ziviler Nationen bleibt, die sich ihren Werten und Prinzipien verpflichtet wissen. Zu den Werten gehören *„die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“*³⁰

Im Prozess seiner Selbstfindung, die mehr sein will als ein Bündnis vordergründiger Interessen und Zwecke, muss Europa eine überzeugende Antwort auf die Frage nach den Kriterien seiner politischen und kulturellen Identität finden. Der frühere Präsident der Europäischen Kommission Jacques Delors hat das auf die Formel gebracht: „Wir werden keinen Erfolg haben, wenn es uns nicht gelingt, Europa eine Seele zu geben“.³¹ Auch hier geht es um die Frage, wie erreicht werden kann, dass die Bürger in den Mitgliedstaaten die EU nicht als eine bürokratisches Monster erleben, dass sie in ihrem nationalen Selbstbestimmungsrecht bedroht, sondern als ein gemeinsames Projekt, mit dem man sich auch emotional identifizieren kann. Die Geschichte der EU war von Anfang an begleitet von der Auseinandersetzung über die Frage, ob am Ende ein europäischer Bundesstaat entstehen soll, oder es dabei bleibt, dass sie als ein Staatenbund souveräner Nationalstaaten konzipiert ist. Die historischen Exponenten dieser Kontroverse waren der erste Kommissionspräsident Walther Hallstein und der französische Präsident Charles de Gaulle, mit seinem Konzept vom „Europa der Vaterländer“.³² Dabei ist die Rechtslage nach den bestehenden Verträge eindeutig. Nach Art. 4 EUV verblieben alle der Union nicht ausdrücklich übertragenen Zuständigkeiten bei den Mitgliedstaaten (Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung)³³ und sie achtet ausdrücklich „die Gleichheit der Mitgliedstaaten vor den Verträgen und ihre jeweilige nationale Identität, die in ihren grundlegenden politischen und verfassungsmäßigen Strukturen einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt.“³⁴ Dahinter steht das Konzept der „Einheit in der Vielfalt“. Europa wird auch künftige aus souveränen Nationalstaaten bestehen, aber das Projekt Europa wird scheitern,

³⁰ EUV Art.2; Vergl. dazu: Jörg Winter, Die Stellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften zu den Grundwerten und Grundsätzen des Art. 6 EUV, in: Peter Christian Müller-Graff/Heinrich Schneider (Hrsg.), Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Europäischen Union, Baden-Baden 2003, S. 157-168 (Schriften des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. Bd. 50).

³¹ Vergl. dazu: Jérôme Vignon, Europa eine Seele geben, in: Ökumenische Vereinigung für Kirche und Gesellschaft (Hrsg.), Herausforderungen für Europa, Versöhnung und Sinn, Brüssel 1996, S. 43 ff.

³² Vergl. dazu: Klaus von Dohnanyi, Nationale Interessen, Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche, München 2022, S. 135 ff.

³³ EUV § 4 Abs. 1.

³⁴ EUV § 4 Abs. 2, vergl. dazu: Jörg Winter, Das Verhältnis von Staat und Kirche als Ausdruck der kulturellen Identität der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, in: J. Bohnert u.a. (Hrsg.), Verfassung - Philosophie - Kirche, Festschrift für Alexander Hollerbach zum 70. Geburtstag, Berlin 2001, S. 893-905.

wenn sich ihre Mitgliedstaaten nicht als Nationen in Europa verstehen, sondern ihre nationale Identitäten gegen Europa entwickeln wollen.

Der wichtigste Beitrag, den Deutschland als Nationalstaat leisten kann, besteht darin, die genannten Werte aus dem EU-Vertrag sowohl im innerstaatlichen als auch im internationalen Bereich entschlossen gegen einen militanten Nationalismus zu verteidigen, der diese Grundlagen einer zivilisierten Staatsordnung und friedlichen Gemeinschaft der Staaten mit Füßen tritt.